

Wie hat sich der materielle Lebensstandard während der COVID-19-Pandemie entwickelt? Ein evidenzbasierter Rückblick

*Judith Derndorfer, Tamara Premrov, Matthias Schnetzer**

ZUSAMMENFASSUNG

Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie im Frühjahr 2020 hat die Weltwirtschaft erschüttert und in vielen Ländern zu sozialen Verwerfungen geführt. Doch detaillierte empirische Befunde über die Entwicklung von Einkommensungleichheit oder Armutsbetroffenheit in Österreich gibt es erst seit Kurzem, da die Verfügbarkeit von Echtzeitdaten zur sozialen Lage in Österreich stark begrenzt ist. Die schon vor der Gesundheitskrise bestehenden und dokumentierten Ungleichheiten dienten oft als einzige Anhaltspunkte, um die Auswirkungen der Krise sowie der sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen bewerten und einordnen zu können. Darüber hinaus waren vereinzelte Stichprobenerhebungen wie das „Austrian Corona Panel Project“ der Universität Wien und „So geht’s uns heute“ von Statistik Austria wichtige Informationsquellen über Veränderungen der sozialen Lage während der Pandemie. Mit den im April 2023 publizierten Daten aus dem EU-SILC 2022 sind nun fundierte retrospektive Analysen möglich, da diese Erhebung auch die Grundlage für offizielle Statistiken zu Armut und Einkommensungleichheit in Österreich bildet. Die neuen Daten ermöglichen einen Rückblick auf die Entwicklung sozialer Ungleichheiten sowie eine evidenzbasierte Bewertung der Krisenpolitik.

SCHLÜSSELBEGRIFFE

COVID-19, Armut, Einkommensungleichheit, Vermögen, Umverteilung

DOI

10.59288/wug492.206

* Editorials in „Wirtschaft und Gesellschaft“ spiegeln die Debatte und Positionierung der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der AK Wien zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragestellungen wider. Als Autor:innen sind die Verfasser:innen des Entwurfs des Editorials genannt.

Kaum zwei Wochen nach dem ersten Lockdown wurde das „Austrian Corona Panel Project“ (ACPP) ins Leben gerufen und bis Februar 2023 in 34 Befragungswellen als Panelerhebung durchgeführt. Dieser Initiative eines interdisziplinären Teams von Wissenschaftler:innen ist es zu verdanken, dass es schon in der Frühphase der Pandemie erste Einschätzungen zur Entwicklung der Haushaltseinkommen gab. In diesen Monaten mussten Arbeitnehmer:innen in Kurzarbeit moderate, Personen mit Jobverlust jedoch kräftige Einkommensverluste hinnehmen, da die Arbeitslosigkeit trotz des zügig von Regierung und Sozialpartnern ausgearbeiteten Kurzarbeitsmodells auf den höchsten Stand der Nachkriegszeit kletterte. Bereits im April 2020 zeigten die ACPP-Daten einen Anstieg der Zahl jener Haushalte, die mit einem sehr niedrigen Haushaltseinkommen von unter 1.100 Euro pro Monat auskommen mussten (Kalleitner/Schiestl 2020). Bis September 2020 meldeten vermehrt auch Haushalte in der Mitte und am oberen Ende der Einkommensverteilung Einkommensverluste, besonders Selbstständige waren betroffen (Resch 2020). Diese Indizien aus der gut 1.500 Respondent:innen zählenden Erhebung waren sehr wertvoll, aber nicht dafür ausgelegt, belastbare Zahlen zur Evaluierung politischer Maßnahmen bereitzustellen.

Zudem erhebt auch Statistik Austria seit Ende 2021 jedes Quartal Daten mit Fokus auf Einkommensveränderungen und finanzielle Schwierigkeiten. Während Ergebnisse aus großen Haushaltsbefragungen aufgrund intensiver Datenarbeit zur Qualitätssicherung oft mit großer Zeitverzögerung veröffentlicht werden, sollten Auswertungen aus dem sogenannten „SILC-express: So geht’s uns heute“ zeitnah ermöglicht werden. Diese Erhebung lieferte aussagekräftige Informationen über die aktuelle soziale Lage inmitten der Krise und half somit bei der Früherkennung sozialer Problemlagen. In der ersten Welle der Befragung wurden rund 7.500 Personen mittels geschichteter Wahrscheinlichkeitsstichprobe ausgewählt, womit die Ergebnisse repräsentativ für die in Österreich lebende Bevölkerung zwischen 16 und 69 Jahren waren. Die Panelerhebung wurde bis dato in sechs Wellen (Q4 2021 bis Q1 2023) durchgeführt.

Angesichts der kürzlich veröffentlichten Daten aus dem EU-SILC 2022 unternimmt dieses Editorial eine Rückschau auf die Veränderung der sozialen Lage während der COVID-19-Pandemie mit besonderem Fokus auf Armutsbetroffenheit, Einkommensungleichheit, Vermögenskonzentration und Präferenzen in der Bevölkerung für Umverteilungsmaßnahmen.

Soziale Sicherungssysteme in der Krise

Der Sozialstaat bzw. dessen Ausgestaltung ist in der politischen Arena stark umkämpft. Während neoliberale Kräfte regelmäßig einen Rückbau sozialstaatlicher Leistungen fordern, möchten progressive Akteur:innen den Sozialstaat ausbauen und inklusiver gestalten. Österreich ist ein im internationalen Vergleich gut ausgebauter Sozialstaat, der die unmittelbaren sozialen Folgen der Corona-Krise besser als viele andere Länder abfedern konnte. Dafür sorgten das umfassende Gesundheits- und Sozialversicherungswesen, aber auch zusätzliche Maßnahmen wie das viel beachtete Kurzarbeitsmodell. Die von Neoliberalen gebetsmühlenhaft vorgetragene Kritik am umfassenden Sozialstaat, etwa am Beispiel der vielen Spitalsbetten,

entpuppte sich als kurzsichtig und verstummte in den ersten Wochen der Pandemie rasch. Aber es zeigten sich auch Ungleichheiten und Leerstellen in der Abdeckung durch soziale Sicherungssysteme, etwa bei der unterschiedlichen Absicherung von Arbeitslosen und Kurzarbeitenden, bei Mehrfachbelastungen von Frauen oder bei prekär Beschäftigten. Eine detaillierte Analyse zum österreichischen Sozialstaat in der COVID-19-Krise wurde als Editorial in *Wirtschaft und Gesellschaft* 46 (4) veröffentlicht (Wirtschaft und Gesellschaft 2020).

Die COVID-19-Pandemie offenbarte auch Lücken in den sozialen Sicherungsnetzen bei (Schein-)Selbstständigen und Ein-Personen-Unternehmen. Für viele wurden die wirtschaftlichen Einschränkungen auf dem Höhepunkt der Pandemie angesichts ihrer mangelnden sozialen Absicherung zu einer existenziellen Gefahr. Diese Situation offenbarte eine Mischung aus Lücken im Sozialversicherungswesen, unzureichender Beteiligung an den vorhandenen freiwilligen Sicherungssystemen und einer mangelnden Interessenvertretung. Zwar haben freie Dienstnehmer:innen grundsätzlich Anspruch auf Krankengeld, jedoch reicht die oft geringe Versicherungsleistung aufgrund der niedrigen Grundvergütung (zum Beispiel bei Essenzusteller:innen) kaum aus. Maßnahmen wie Arbeitslosengeld oder Kurzarbeit griffen bei Selbstständigen nicht, auch weil viele die grundsätzliche Möglichkeit einer freiwilligen Arbeitslosenversicherung nicht in Anspruch genommen hatten. Um die Einkommenseinbußen von Selbstständigen durch die Pandemie abzufedern, wurde von der Regierung ein Härtefall-Fonds ins Leben gerufen, der allerdings im Verlauf der Pandemie mehrmals nachgeschärft werden musste.

Armut wieder gestiegen

Mit den kürzlich veröffentlichten Daten der Statistik Austria (2023) zu Einkommen und Lebenssituation der österreichischen Bevölkerung (EU-SILC) lässt sich der Anstieg der Armutsbetroffenheit während der COVID-19-Krise nun erstmals quantifizieren. Bei der Interpretation der EU-SILC-Erhebungen ist allerdings zu beachten, dass Informationen zur materiellen Deprivation aus dem Erhebungsjahr, die Einkommensdaten aber aus dem Vorjahr stammen. Somit misst der jüngst publizierte EU-SILC 2022 zwar die materielle Deprivation im Jahr 2022, aber die anhand der Einkommen gemessene Armutsgefährdung bezieht sich auf das Jahr 2021. Die veröffentlichten Zahlen bestätigen, was Expert:innen bereits vermutet hatten, nämlich dass die Armutsbetroffenheit leicht zugenommen hatte und jene Bevölkerungsgruppen, die schon vor der Krise ein hohes Armutsrisiko hatten (z. B. Arbeitslose, Menschen nichtösterreichischer Herkunft und Ein-Eltern-Familien), am stärksten betroffen waren (Heitzmann 2020).

Aus der EU-SILC-Befragung werden drei Kennzahlen zur Armut erhoben. Die Armutsgefährdungsquote bezieht sich auf das relative Einkommen eines Haushaltes. Liegt dieses unter der Armutsgefährdungsschwelle – im Jahr 2021 betrug diese 1.392 Euro pro Monat für einen Ein-Personen-Haushalt (12-mal jährlich und bezogen auf das Nettoeinkommen inklusive öffentlicher und privater Transfers) –, so gelten der Haushalt und seine Mitglieder als armutsgefährdet. Während es in den Jahren vor der COVID-19-Krise einen sinkenden Trend in der

Armutsgefährdungsquote gab, ist diese in der Krise wieder angestiegen. Im Jahr 2021 lebten 14,8 % der Bevölkerung, also 1,3 Millionen Menschen, unter der Armutsgefährdungsschwelle. 2020, im ersten Corona-Krisenjahr, waren es ähnlich viele, nämlich 14,7 %, vor der Pandemie (2019) noch 13,9 %. Da die Armutsgefährdungsquote ein relatives Maß ist und die Veränderungen daher meist gering ausfallen, ist der Anstieg um fast einen Prozentpunkt bemerkenswert groß. Dass sich die soziale Lage während der Krise verschärft hat, sieht man auch am Anstieg in der Armutsgefährdungslücke. Betrug die Differenz zwischen dem durchschnittlichen Einkommen der Armutsgefährdeten und der Armutsgefährdungsschwelle 2020 noch 22 %, waren es 2021 bereits 24 %. Das sind bei einem Ein-Personen-Haushalt monatlich 333 Euro (Statistik Austria 2023).

Tabelle 1: Überblick über die Betroffenheit von Armut oder Ausgrenzung in Österreich, 2021

	Armutsgefährdung		Erhebliche materielle und soziale Deprivation		Geringe Erwerbsintensität		Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	
Männer	466.000	13 %	70.000	2 %	144.000	6 %	551.000	16 %
Frauen	533.000	14 %	95.000	3 %	142.000	6 %	651.000	18 %
Kinder	316.000	19 %	36.000	2 %	77.000	5 %	353.000	22 %
Gesamt	1.314.000	15 %	201.000	2 %	363.000	6 %	1.555.000	18 %

Quelle: Statistik Austria (2023)

Ein alternatives Maß ist die **materielle und soziale Deprivation**, bei der anhand von 13 Merkmalen abgefragt wird, ob sich Menschen bestimmte Güter oder Aktivitäten, die zu einem guten Leben dazugehören, leisten können. 2022 waren 5 % der Bevölkerung depriviert (5 von 13 Merkmalen) und 2 % erheblich depriviert (7 von 13 Merkmalen). Das sind 460.000 bzw. 201.000 Personen in Österreich. Während der COVID-19-Krise im Jahr 2021 waren es 4 % bzw. 2 % der Bevölkerung (Statistik Austria 2022). 19 % konnten sich keine unerwarteten Ausgaben leisten, 5 % waren mit Zahlungen im Rückstand, 6 % konnten es sich nicht leisten, zumindest einmal im Monat Freund:innen oder Familie zum Essen einzuladen, und 12 % konnten aus finanziellen Gründen nicht auf Urlaub fahren.

Das dritte Maß, das von Statistik Austria erhoben wird, ist die **geringe Erwerbsintensität**. Diese liegt vor, wenn von den erwerbsfähigen Haushaltsmitgliedern weniger als 20 % des maximal möglichen Erwerbspotenzials (also wenn alle Mitglieder, die nicht in Ausbildung oder Pension sind, Vollzeit arbeiten würden) ausgeschöpft wird. Im ersten Corona-Krisenjahr ist der Anteil der Haushalte mit 7 % konstant geblieben, im Jahr 2021 ist er durch die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt leicht auf 6 % gesunken. Dennoch waren in Österreich immer noch 363.000 Personen betroffen.

Als **armuts- oder ausgrenzungsgefährdet** gelten jene Personen, auf die zumindest eine dieser drei Kennzahlen zutrifft. In Österreich waren das im Jahr 2021 18 %, also 1,6 Millionen Men-

schen. Die Zahl ist damit im Vergleich zum Vorkrisenjahr um einen Prozentpunkt gestiegen. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist erneut auf die zeitliche Ungenauigkeit, die sich aus den unterschiedlichen Erfassungszeiträumen für materielle Deprivation und Einkommensdaten ergibt, zu achten.

Am stärksten betroffen waren jene Bevölkerungsgruppen, die bereits zuvor überproportional häufig armuts- oder ausgrenzungsgefährdet waren. Unter Arbeitslosen und besonders Langzeitarbeitslosen sowie Ein-Eltern-Haushalten waren es mehr als 50 %. Unter Haushalten mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft, allen voran unter jenen aus Drittstaaten, waren es 47 % und unter Haushalten mit mehr als drei Kindern 30 %. Unter Personen in Haushalten, die ihr Haupteinkommen aus Sozialleistungen beziehen, waren sogar 59 % armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Dies verdeutlicht die Dringlichkeit, Sozialleistungen auf ein armutsfestes Niveau zu heben. Bei den Selbstständigen, die sich meist außerhalb von sozialen Sicherungssystemen bewegen, ist die Betroffenheit von 15 % auf 19 % gestiegen. Frauen sind öfter armuts- oder ausgrenzungsgefährdet als Männer. Bei alleinlebenden Pensionist:innen ist der Geschlechterunterschied besonders deutlich: Während unter den alleinlebenden Frauen 28 % armuts- oder ausgrenzungsgefährdet sind, sind es unter den Männern mit Pensionsbezug nur 19 %.

Besonders besorgniserregend und einer Chancengleichheit entgegenstehend ist das Problem der Kinderarmut. 353.000 Kinder wachsen in einem von Armut oder Ausgrenzung gefährdeten Haushalt auf, somit ist etwa jedes fünfte Kind (22 %) davon betroffen. Der Anteil bei den 0- bis 17-Jährigen ist also höher als in allen anderen Altersgruppen. 19 % der Kinder leben unter der Armutsgrenze, und 4 %, also 64.000 Kinder, sind mehrfach ausgrenzungsgefährdet – auf sie treffen also zumindest zwei der drei Armutsmäße zu. Kinder, die in Armut aufwachsen, haben eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit, auch im Erwachsenenleben von Armut und Ausgrenzung betroffen zu sein. Aufgrund der durch die Schulschließungen bedingten Bildungsrückstände wird es für diese Kinder besonders schwierig, die Armutsspirale zu durchbrechen (Volkshilfe 2020).

Einkommensverluste bei vulnerablen Gruppen

Im Rahmen von „SILCexpress: So geht’s uns heute“ wurde erhoben, ob sich das Haushaltseinkommen der Respondent:innen in den vergangenen zwölf Monaten verändert hat. In der ersten Welle im vierten Quartal 2021 gaben rund 34 % der Befragten an, dass sich das Haushaltseinkommen verringert habe. Von diesen Haushalten führte jeder Dritte sogar an, dass das Haushaltseinkommen viel weniger geworden sei. Die Ergebnisse der fünften Welle ein Jahr später zeigten, dass sich der Anteil jener mit Einkommensverlusten geringfügig auf rund 36 % erhöht hat. Etwa 14 % der Befragten gaben an, deutliche Einkommensverluste wahrgenommen zu haben (BMSGPK 2023). Personen in Haushalten mit geringem Einkommen oder von Arbeitslosigkeit Betroffene nahmen deutlich häufiger einen Einkommensverlust wahr als der Durchschnitt in der Bevölkerung. Die Befragten wurden zudem noch nach den Ursachen

für die Einkommensveränderung gefragt. Ende 2021 waren noch verringerte Arbeitszeit und/oder weniger Lohn die Hauptursache für Einkommenseinbußen (28 %), was vermutlich auf die Corona-Kurzarbeit zurückzuführen ist. Ein Jahr später nannten nur mehr 14 % Veränderungen bei Arbeitszeit oder Lohn als Hauptursache. Ein zunehmender Anteil der Befragten sah hingegen einen Zusammenhang zwischen ihren subjektiv wahrgenommenen Einkommensverlusten und der steigenden Inflation. Während Ende 2021 rund 14 % aller Befragten angaben, laufende Haushaltsausgaben nur mit Schwierigkeiten tätigen zu können, lag der Anteil ein Jahr später leicht erhöht bei 17 % (was hochgerechnet etwas mehr als einer Million Menschen entspricht). Der Anteil war besonders hoch bei Haushalten mit niedrigen Haushaltseinkommen (Q4 2022: 47 %) oder die von Arbeitslosigkeit betroffen waren (Q4 2022: 37 %) (BMSGPK 2023).

Die „Values in Crisis“-Erhebung, die im Mai 2020, März 2021 und Juni 2022 von den Universitäten Graz, Salzburg und Linz durchgeführt wurde (Aschauer et al. 2021), zeigt auf, dass auch die Unzufriedenheit mit der finanziellen Situation im Zeitverlauf stieg. Hier wurden die Befragten gebeten, ihre Zufriedenheit mit der finanziellen Situation auf einer 10-Punkte-Skala (1 = überhaupt nicht zufrieden; 10 = völlig zufrieden) anzugeben. In der ersten Erhebungswelle gaben knapp 6 % an, überhaupt nicht zufrieden zu sein. Dieser Anteil erhöhte sich in der zweiten Welle geringfügig auf 7 % und erreichte im Juni 2022 mit fast 9 % den Höchstwert. Weiters wurde auch abgefragt, wie schwer oder leicht das Auskommen mit dem Haushaltseinkommen zum Erhebungszeitpunkt bzw. vor der Corona-Krise war. Hier zeigt sich, dass zu Beginn der Corona-Krise etwa 16 % eine Verschlechterung konstatierten und dieser Anteil sich auf 38 % im Juni 2022 erhöhte. Besonders stark war die Veränderung im unteren Einkommensdrittel ausgeprägt. In der dritten Welle gab beinahe die Hälfte der Befragten in Haushalten mit niedrigen Einkommen an, dass das Auskommen nun schwieriger als vor der Corona-Krise sei.

Trotzdem ist festzuhalten, dass die Lohnentwicklung durch die breite Abdeckung von Kollektivverträgen auch in den Pandemie Jahren 2020 und 2021 relativ stabil gehalten werden konnte. Während die Wertschöpfung 2020 real um 6,5 % zurückging, erhöhten sich die Bruttolöhne und Gehälter pro Kopf um 0,8 %. Im Jahr 2021 sanken die Löhne und Gehälter jedoch real um 0,3 %, während das Bruttoinlandsprodukt um 4,6 % stieg. Die bereinigte Lohnquote gemessen am Nettonationaleinkommen sank somit im Vergleich zum Vorkrisenniveau von 69,2 % im Jahr 2019 leicht auf 68,6 % im Jahr 2021.

Vermögenskonzentration bleibt weiterhin hoch

Die Datenlage zur Vermögensverteilung war schon vor der COVID-19-Pandemie unzureichend und in Österreich nur vom „Household Finance and Consumption Survey“ (HFCS) der Europäischen Zentralbank abgedeckt. Die mittlerweile vierte Erhebungswelle des HFCS fand von Mai 2021 bis Februar 2022 statt und wurde im Juni 2023 präsentiert. Diese Erhebung beruht auf freiwilliger Teilnahme, was die Durchführung mitten in der Pandemie erschwerte und die Datenqualität vor allem am oberen Rand erheblich schwächt. Die Daten können also nur

bedingt Aufschluss über die Entwicklung der Vermögensungleichheit in den letzten Jahren geben, es fehlt weiterhin eine umfangreiche Erfassung beispielsweise durch ein Vermögenskataster. Einschätzungen auf Basis journalistisch recherchierter Reichenlisten legen nahe, dass sich die Vermögenskonzentration sogar weiter verschärft haben könnte. Laut Analyse der Nichtregierungsorganisation Attac mit aktuellen Reichenlisten von Forbes, Vermögensmagazin und Trend hat sich das Vermögen der 100 reichsten Familien im Jahr 2021 um 14 % bzw. um 25 Milliarden auf 205 Milliarden Euro erhöht. Vor allem Milliardär:innen konnten Zugewinne von 28 % bzw. 19 Milliarden Euro verbuchen (Attac 2021).

Extrem reiche Personen waren schon in früheren HFCS-Erhebungswellen nicht abgedeckt, weshalb Vermögensveränderungen bei den Überreichen auch in den jüngst von der Oesterreichischen Nationalbank publizierten Verteilungsmaßen nicht abgebildet sind – im Gegenteil, es haben sogar weniger reiche Menschen am HFCS 2021 teilgenommen als in früheren Wellen. Bemerkenswert ist allerdings die mitten in der Pandemie veröffentlichte Studie der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB), wonach das reichste 1 % der Bevölkerung in Österreich bis zu 50 % des gesamten Nettovermögens besitzen könnte, wenn man die Spitze der Vermögensverteilung zu den lückenhaften Befragungsdaten hinzuschätzt (Kennickell et al. 2021). Die Ergebnisse decken sich mit verwandten Arbeiten (Heck et al. 2020; Disslbacher et al. 2020) und zeigen eine schon vor COVID-19 demokratiegefährdende und die Klimakrise befeuernde Schieflage bei den Vermögen.

Die vorhandenen Informationen über Struktur und Höhe der Vermögen entlang der Verteilung deuten jedenfalls nicht darauf hin, dass sich die Vermögenskonzentration während der Pandemie entspannt haben könnte. Während die negativen Folgen der Gesundheitskrise auf Realwirtschaft und Arbeitsmarkt für mehrere Quartale anhielten, erholten sich die Finanzmärkte relativ schnell, und der drastische Anstieg der Immobilienpreise setzte sich in dieser Zeit weiter fort. Vor dem Hintergrund, dass sich Wertpapiere und (vermietbarer) Immobilienbesitz vor allem am oberen Ende der Vermögensverteilung häufen, während der Vermögensaufbau für die breite Masse vom Arbeitseinkommen abhängt, ist von einem Anstieg der Ungleichheit auszugehen.

Menschen wünschen sich stärkere Umverteilung

Die Verdeutlichung der gesellschaftlichen Ungleichheit hat sich in der Krise auch auf die sozialpolitischen Präferenzen der Bevölkerung ausgewirkt. Die bereits erwähnte Online-Umfrage „Values in Crisis“ hat ergeben, dass sich in der Corona-Krise ein Großteil der Bevölkerung dafür aussprach, den Sozialstaat aufgrund der Erfahrungen aus der Krise auszubauen. Dieser Zuspruch zieht sich über alle Einkommensgruppen und besteht, obwohl in der Fragestellung deutlich wird, dass dies zu einem Anstieg der Staatsschulden führen könnte. Jede:r dritte Befragte zählt Armutsbekämpfung zu den drei wichtigsten Prioritäten, die von der Politik gesetzt werden sollten.

In der Krise gab es jedoch nicht nur eine Mehrheit für die Unterstützung der Notleidenden in der Gesellschaft, sondern auch für eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen. Auf dem Höhepunkt der Krise im Jahr 2020 sprachen sich 58 % klar für mehr Umverteilung durch den Staat aus und wollten hohe Einkommen stärker besteuern. Die Zustimmung zur Einführung einer Erbschaftsteuer war mit 63 % noch höher, wobei sich die Mehrheit für sehr hohe Freigrenzen aussprach (Derndorfer et al. 2023). Auch in vergleichbaren Umfragen fällt die Zustimmung zu vermögensbezogenen Steuern hoch aus und schwankt im Falle der Erbschaftsteuer zwischen 48 % (Zandonella/Schönherr 2023) und 70 % (IFES 2023) sowie zwischen 54 % (Profil 2021) und 70 % (IFES 2023) im Falle der Vermögensteuer.

Auch schon vor der Krise gab es in Österreich viel Zustimmung zur Verringerung von Einkommensungleichheiten, Unterstützung für Arme und einer progressiven Besteuerung (Haller et al. 2015). Die Panel-Befragung in „Values in Crisis“ hat gezeigt, dass der Zuspruch für umverteilende Maßnahmen auf dem Höhepunkt der Krise stärker als in der letzten Befragungswelle im Sommer 2022 war. Gründe dafür könnten darin liegen, dass die gesellschaftliche Schieflage in einer akuten Krisenzeit stärker im Bewusstsein der Menschen ist und auch die eigene (mögliche) Betroffenheit eine wichtige Rolle spielt (Derndorfer et al. 2023).

Fazit

Die soziale Lage in Österreich hat sich während der COVID-19-Pandemie vor allem für die vulnerablen Gruppen verschlechtert. Neu veröffentlichte Daten zeichnen nun ein fundierteres Bild darüber, wie sich Armut und Einkommensungleichheit in den Jahren der Wirtschaftskrise und der Arbeitsmarktverwerfungen entwickelt haben. Dabei zeigt sich, dass die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung die objektiv gemessenen und subjektiv empfundenen Notlagen nur mäßig abfedern konnten. Allerdings dürften die gut ausgebauten Institutionen des Sozialstaates, etwa das Sozialversicherungswesen, die Kollektivverträge und sozialpartnerschaftlich abgestimmte Soforthilfen, noch schlimmere Folgen verhindert haben.

Es bleibt allerdings die Erkenntnis aus der Pandemie, dass der Sozialstaat in Österreich an verschiedenen Stellschrauben noch erheblichen Nachbesserungsbedarf hat. In einem der reichsten Länder der Welt ist es nicht hinnehmbar, dass Erwachsene und vor allem Kinder von Armut betroffen oder armutsgefährdet sind. Das unbestrittene Ziel der Sozialpolitik muss eine Null-Armut-Strategie sein, um zumindest unmittelbar Kinderarmut völlig abzuschaffen. Dazu braucht es eine breite Maßnahmenpalette von einer Kindergrundsicherung über höhere Unterstützungsleistungen bei Arbeitslosigkeit und bessere Qualifizierungsangebote als Ausweg aus der Niedriglohnbeschäftigung bis hin zu tatsächlich existenzsichernden Hilfsleistungen für alle, die in schweren Lebenslagen Unterstützung der öffentlichen Hand benötigen.

Die Vorzüge eines gut ausgebauten Gesundheits- und Sozialwesens haben sich in der Krise gezeigt, wobei auch einige Lücken im sozialen Netz offengelegt wurden. Ein weiterer Ausbau vor allem in den Bereichen Pflege, Kinderbetreuung und Armutsbekämpfung ist die Vorausset-

zung für einen krisenfesten, wohlstandssichernden Sozialstaat der Zukunft. Eine Quelle für die Finanzierung dieser gesellschaftlich notwendigen Leistungen sind die bislang unangetasteten Vermögen, die während der COVID-Pandemie weiter gestiegen sind. Faire Steuerbeiträge aus sehr großen Vermögen und Erbschaften finden in der Bevölkerung hohe Zustimmung und scheitern lediglich am politischen Willen der Entscheidungsträger:innen. Progressive vermögensbezogene Steuern sollen nicht nur einen Beitrag zur Null-Armut-Politik leisten, sondern können gleichzeitig eine Null-Milliardär:innen-Politik verfolgen, die die Vermögenskonzentration mit ihren negativen Auswirkungen auf die Demokratie und die Klimakrise drastisch reduziert.

LITERATUR

Aschauer, Wolfgang/Seymer, Alexander/Ulrich, Martin/Kreuzberger, Markus/Bodi-Fernandez, Otto/Höllinger, Franz/Eder, Anja/Prandner, Dimitri/Hadler, Markus/Bacher, Johann (2023). Values in Crisis Austria – Wave 1, Wave 2 and Wave 3 combined (SUF edition). Online verfügbar unter <https://doi.org/10.11587/EYJMEZ> (abgerufen am 05.07.2023).

Attac (2021). Plus 25 Milliarden Euro: Österreichs Reichste profitieren auch im Pandemiejahr 2021. Online verfügbar unter <https://www.attac.at/news/details/plus-25-milliarden-euro-oesterreichs-reichste-profitieren-auch-im-pandemiejahr-2021> (abgerufen am 05.07.2023).

BMSGPK (2023). So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im vierten Quartal 2022 – Schwerpunkt: Erfahrungen mit Wohnungslosigkeit. Ergebnisse einer Statistik Austria Befragung.

Derndorfer, Judith/Premrov, Tamara/Schnitzer, Matthias (2023). Wahrnehmungen zu sozialer Ungleichheit und Verteilungsgerechtigkeit in der Covid-19-Pandemie. In: Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die österreichische Gesellschaft. Ergebnisse der Längsschnittstudie „Werte in der Krise“ 2020–2022 (im Erscheinen).

Disslbacher, Franziska/Ertl, Michael/List, Emanuel/Mokre, Patrick/Schnitzer, Matthias (2020). On Top of the Top – Adjusting wealth distributions using national rich lists. INEQ Working Paper Series 20. Wien.

Filipič, Ursula/Schönauer, Annika (Hg.) (2021). Ein Jahr Corona: Ausblick Zukunft der Arbeit. Sozialpolitik in Diskussion, Band 23. Wien.

Fink, Marian/Moreau, Caroline/Rocha-Akis, Silvia (2020). Auswirkungen der Covid-19-Krise auf die Einkommenslage der privaten Haushalte. In: BMSGPK (Hg.). COVID-19: Analyse der sozialen Lage in Österreich. Wien.

Haller, Max/Eder, Anja/Kmet, Bernadette (2015). Drei Wege zur Zählung des Kapitalismus. Österreichische Zeitschrift für Soziologie 40 (1), 1–31.

Heck, Ines/Kapeller, Jakob/Wildauer, Rafael (2020). Vermögenskonzentration in Österreich – Ein Update auf Basis des HFCS 2017. AK Working Paper Reihe 206. Wien.

Heitzmann, Karin (2020). Armut und soziale Ausgrenzung während der COVID-19 Pandemie. In: BMSGPK (Hg.). COVID-19: Analyse der sozialen Lage in Österreich. Wien, 60–87.

IFES (2023). Millionärssteuer 2022. Online verfügbar unter <https://www.ifes.at/wp-content/uploads/2023/02/20019114-GPA-Millionaerssteuer-PK.pdf> (abgerufen am 05.07.2023).

Kalleitner, Fabian/Schiestl, David W. (2020). Einkommenseinbußen in der Frühphase der Corona-Krise. Online verfügbar unter <https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog07/> (abgerufen am 05.07.2023).

Kennickell, Arthur B./Lindner, Peter/Schürz, Martin (2021). A new instrument to measure wealth inequality: distributional wealth accounts. *Monetary Policy & The Economy* Q4/21, 61–84.

Profil (2021). Staatsschulden durch Pandemie: Mehrheit für neue Erbschafts- und Vermögenssteuern. Online verfügbar unter <https://www.profil.at/oesterreich/staatsschulden-durch-pandemie-mehrheit-fuer-neue-erbschafts-und-vermoegenssteuern/401360711> (abgerufen am 05.07.2023).

Resch, Thomas (2020). Veränderungen der Haushaltseinkommen in der Corona-Krise: Wer ist betroffen? Online verfügbar unter <https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog80/> (abgerufen am 05.07.2023).

Statistik Austria (2022). Tabellenband EU-SILC 2021 und Bundesländertabellen mit Dreijahresdurchschnitt EU-SILC 2019 bis 2021. Armut, Einkommen und Lebensbedingungen. Wien.

Statistik Austria (2023). Tabellenband EU-SILC 2022 und Bundesländertabellen mit Dreijahresdurchschnitt EU-SILC 2020 bis 2022. Armut, Einkommen und Lebensbedingungen. Wien.

Volkshilfe (2020). Armutsbetroffene Schüler_innen im Corona-Bildungswesen. Policy Paper. Online verfügbar unter https://www.volkshilfe.at/fileadmin/user_upload/Media_Library/PDFs/Positionspapier_/20201125_Policy_Paper_Bildung_und_Corona_web.pdf (abgerufen am 05.07.2023).

Wirtschaft und Gesellschaft (2020). Editorial der Redaktion: Der österreichische Sozialstaat in der Covid-19-Krise. *Wirtschaft und Gesellschaft* 46 (4), 487–500. Online verfügbar unter https://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2020_46_4/2020_46_4_0487.pdf (abgerufen am 05.07.2023).

Zandonella, M./Schönherr, D. (2023). Umverteilung – So denken die Vielen. Steuer-, arbeitsmarkt- & sozialpolitische Vorhaben aus Sicht der Bevölkerung. Wien, SORA – Institute for Social Research and Consulting. Online verfügbar unter <https://www.momentum-institut.at/system/files/2023-04/umverteilung-so-denken-die-vielen-sora-momentum-institut-marz-2023.pdf> (abgerufen am 05.07.2023).